



# Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

## „Multikulti-Katastrophe muß tabuisiert werden. Eine ehrliche Auseinandersetzung ist verboten“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die angesehenste Zeitschrift im deutschen Raum schreibt am 15. Januar 2008: „Im Kriminalgericht Berlin-Moabit, Deutschlands größter Gerichtsmaschine, hätte man das, worüber seit zwei Wochen so heftig gestritten wird, schon vor anderthalb Jahrzehnten beobachten können. Nur war es in den Hochzeiten von Multikulti undenkbar, öffentlich mitzuteilen, daß allein schon die Namenslisten von Prozeßbeteiligten dokumentierten, wie offensichtlich etwas schief lief. Immer öfter schienen vor allem junge Männer türkischer oder arabischer Herkunft mit den Gesetzen in Konflikt zu geraten. Weder Richter noch Staatsanwälte wären damals bereit gewesen, darüber zu diskutieren, also auch nicht die Lehrer, die zuallererst mit den sprachlichen Nöten und der wachsenden Gewalttätigkeit junger Einwanderer konfrontiert wurden. Unter dem Schweigen der Vertreter des Staates hat das Ansehen des Staates selbst gelitten. Die Leerstellen haben in den immer homogener werdenden Ausländervierteln zum Teil kriminelle Clans eingenommen. Mit ihren sogenannten Friedensrichtern wiegeln sie ganze Nachbarschaften auf - gegen unliebsame Zeugen, aber auch gegen die Polizei, wenn die ihre Kreise stört. Abschied von Multikulti. Wer aber um die Sicherheit seiner Kinder schon auf dem Schulweg fürchten muß, von Sprachkultur und rabiatischen Händeln auf dem Schulhof ganz zu schweigen, der zieht weg, wenn er irgendwie kann, oder bringt die Kinder an andere Schulen: So kam es zur Abstimmung mit den Füßen gegen eine zu lange tabuisierte katastrophale Entwicklung, die schließlich zu einer sozialen Entmischung führte. Der Abschied von Multikulti ging auch in Berlin lange schweigend und fast heimlich vor sich, und auch der Abkehr davon folgte keine ehrliche Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit hunderttausender Einwanderer. Denn dort, wo sie in der Mehrheit sind, werden die meisten und brutalsten Jugendverbrechen begangen. Die Tatsache, daß inzwischen achtzig Prozent der jungen Intensivtäter aus Migrantenfamilien stammen und arabische und türkische Jugendliche die Gewaltstatistik so überdeutlich anführen, hat viele wachgerüttelt. Doch werden Lehrer, Richter, Kriminalkommissare und Staatsanwälte, die darüber öffentlich reden, oft noch als Störenfriede abgekanzelt und nicht selten zum Schweigen gebracht. Einzelne unerschrockene Menschen wie der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky lassen sich nicht einmal davon beeindrucken. Ohne Realpolitiker wie ihn hätte es in Berlin wahrscheinlich längst die erste Großrandale gegeben. Buschkowsky hat zum Beispiel, als man ihm die nötigen Polizisten zum Schutze der Schulen verweigerte, private Wachschrützer engagiert, die nun das tun, was eine genuine Aufgabe des Staates wäre. Das Elend häuslicher Gewalt in Neukölln führt mit Kreuzberg, Moabit, Wedding die Gewaltstatistik der Berliner Intensivtäterkartei an, die trotz aller Präventionsmaßnahmen und durchaus harter Urteile vor Jugendgerichten wächst und wächst. Hier eskaliert ein Phänomen, dem allein mit dem Jugendstrafrecht oder einer Debatte darüber nicht beizukommen ist. Denn die Intensivtäter bilden gewissermaßen nur die Spitze des Eisberges. Die Kollisionen der zivilen Gesellschaft mit dessen weniger sichtbaren Teilen werden immer noch nur von Spezialisten wahrgenommen. Es handelt sich um ein Milieu, in dem Gewalt gedeiht und wo vor allem mit Gewalt erzogen wird; wo muslimisch-archaische Tradition und Kultur allen Integrationsbemühungen zuwiderlaufen. Es ist ein Milieu mit Müttern ohne Recht, mit Vätern, die sich Respekt durch Schläge verschaffen, das die Deutschen als ungläubig und dekadent verachtet und die Resozialisierung mißratener Söhne für eine Bringpflicht der Mehrheitsgesellschaft hält. Diese Haltung speist sich nicht nur aus der autoritären Tradition der Herkunftsländer muslimischer Migranten. Sie verdankt sich auch der Strategie türkischer und muslimischer Verbandsfunktionäre hierzulande. In den hysterischen Wortgefechten um den hessischen Wahlkämpfer Roland Koch hatten sie wieder ihre großen Auftritte. Schuld waren immer die anderen, und auf Kritik an der Nichterziehung junger Deutschtürken, die straffällig werden, wurde reflexartig mit dem Rassismusverdacht reagiert. Von Polarisierung war viel die Rede, nicht aber vom Elend häuslicher Gewalt, das sich schließlich auf den Straßen austobt. Doch wer polarisiert hier eigentlich und mit welchem Ziel? Durchdrehen zwischen Tradition und Liberalität. Empört hatten die gleichen Funktionäre auch reagiert, als sich eine Schule aus dem Berliner Wedding - die Schüler stammen fast alle aus Ausländerfamilien aus einem Dutzend Länder - selbstbewußt darauf einigte, miteinander nur noch Deutsch zu sprechen. Als vor kurzem das Einwanderungsgesetz geändert wurde und bislang sprachlosen Importbräuten aus

der Türkei ein Deutschkurs für ein paar hundert Worte auferlegt wurde, entfesselten dieselben Funktionäre gegen dieses kleine Zwangsmittel eine absurde Kampagne, die mit der fehlgeschlagenen Erpressung der Bundesregierung endete. Dieses Mal erhitzt Roland Koch die Gemüter, doch die Straßengewalt ist nicht sein Werk. Es sind eure Kinder, die zwischen Tradition und Liberalität durchdrehen, möchte man diesen Verbänden zurufen, und es ist auch an euch, endlich etwas dagegen zu tun“ so weit die FAZ.

---

## Wie sinnvoll ist 100 Euro Teuerungsabgeltung für die Ärmsten?

---

Hat die rote Regierungshälfte unter „Sandkisten-Alfred“ eine neue Art der Wählerverdummung gefunden? Das könnte man glauben, wenn man den Vorschlag des roten Sozialministers Buchinger genauer unter die Lupe nimmt. Denn diese - wie immer auch genannte einmalige Teuerungsabgeltung - stellt sich bei genauerer Betrachtung als Frozzelei des österreichischen Steuerzahlers dar. Verteilt man diese 100 Euro auf ein Jahr, so bekommt man schlußendlich mickrige 27 Cent pro Tag „geschenkt“.

Diesem Vorschlag muß die Teuerungswelle speziell in Wien gegenübergestellt werden: Die Preiserhöhungen betragen bei den Wiener Linien bis zu 13 %, bei den städtischen Bädern 12 %, beim Strom 11 %, bei Gas 22 %, bei den Müllgebühren 20 % und bei den Kanalgebühren 28 %. Dann steht auch noch eine saftige Erhöhung der Rundfunkgebühr ins Haus. Um diese horrenden Preiserhöhungen abzugelten, müßte die rote Regierungshälfte schon wesentlich mehr mehr springen lassen.

Aber anstatt solche „Teuerungsabgeltungen“ zu versprechen, sollten die Verantwortlichen - und da kommt dann auch unser „rühriger“ Wirtschaftsminister Bartenstein von der ÖVP ins Spiel - mehr auf die Preisentwicklungen achten. Wenn es nicht anders gehen sollte, muß man eben unsere „soziale“ Marktwirtschaft besser in Griff bekommen und nötige Einschnitte veranlassen. Denn es geht nicht an, alles und jedes der „Globalisierung“ zu opfern - denn jene, die dann die Zeche zu bezahlen haben, sind die Steuerzahler - und da wiederum die Ärmsten unserer Gesellschaft.

Also Schluß mit Wahlversprechen oder mit „Almosen“ an das Wahlvolk. Fangt endlich an, Österreich zu regieren und nicht die Österreicher für dumm zu verkaufen!

*mh*

---

## Linke Fehlkalkulation

Die Masseneinwanderung nach Europa wurde von der Linken in den letzten zwei Jahrzehnten nicht zuletzt betrieben, weil sie hoffte, gemeinsam mit den in eine völlig neue Welt verpflanzten Zuwanderern die europäischen Kulturen aufbrechen zu können und so endlich den wurzellosen Menschen als Massenbasis zur Verwirklichung der eigenen Gesellschaftsutopie („autonomes Individuum“) zu schaffen. Dabei ist die Linke in völliger Verkennung der anthropologischen Gegebenheiten davon ausgegangen, treues Festhalten an den eigenen kulturellen Prägekräften wäre nur Ausdruck des chauvinistischen Charakters des eigenen verhaßten Volkes. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zuwanderung hat die Tore für eine Gruppe geöffnet, die dem linken Ideal nicht feindseliger gegenüberstehen könnte. Religion ist für Moslems durchaus nichts, über das man Witze reißt oder das man auch nur kritisch analysiert; die Familie kontrolliert in einer patriarchalischen Rigidität das Verhalten ihrer Mitglieder, wie dies auch in Europa früherer Jahrhunderte unüblich war; die Werturteile und Verhaltensweisen der eigenen Kultur werden ungebrochen tradiert, und was Moslems von Frauenrechten oder Homo-sexualität halten, muß hier wohl nicht gesondert erklärt werden. Die Linke hat sich ihren existentiellen Feind schlechthin ins Land geholt: eine von jeglicher Aufklärung unberührte, den Werten von Religion und Familie, Herkunft und Kultur unbedingt verpflichtete Gesellschaft.“

*Verleger Wolfgang Dvorak-Stocker in der österr. Zeitschrift „Neue Ordnung“, Graz*

---

## Gratiskindergarten - Ja oder Nein!

Vor dem Sommer noch haben die „Kinderfreunde Baden“ einen Aktionstag abgehalten. Thema war die kostenlose Betreuung unserer jüngsten Mitbürger in den dafür vorgesehenen Kindergärten. Zu dieser Problematik läuft derzeit in ganz NÖ eine Kampagne, gesteuert von der „roten Reichshälfte“.

Daß kostenlose Kinderbetreuung etwas sinnvolles ist, wird kaum jemand abstreiten. Es ist nur sonderbar, daß der Zeitpunkt mit dem anlaufenden Wahlkampf zusammenfällt, und nachdenkenswert, daß der Ära Kreisky eine UNO-City, von den Österreichern bezahlt, wichtiger war als kostenfreier Zugang zu den Kindergärten.

Die Schulden, die über 1 Jahrzehnt damals angehäuft wurden, hängen uns bis heute nach. Die Rückzahlung wird noch andauern, wenn die kleinsten Staatsbürger aus ihrem Erwerbsleben schon ausgeschieden sind.

Kostenlose Kinderbetreuung zu **fordern** ist leicht. Zu Zeiten der SPÖ-Alleinregierung hätte man sie für ganz Österreich **einführen** können.

Viele Landsleute wird es sicher nicht geben, die einen UNO-Quatschpalast in Wien vermissen würden. Dagegen wäre ein kostenfreier Kindergarten eine sinnvolle Zukunftsinvestition, ganz egal ob SPÖ-Alleinregierung oder SPÖ-Opposition.

**G.B.**

## Ein Leserbrief

Neuerdings reden alle Gutmenschen vom Bleiberecht. Dabei fließen sie über vor Humanität. Aber wie das halt so ist bei den Gutmenschen, ihre Gutmenschlichkeit gießen sie nicht über alle gleichmäßig aus. Sie treffen dabei eine Auswahl. Für Gutmenschen sind zwar alle gleich, aber dank ihrer Feinfühligkeit erkennen sie feine Unterschiede. Es gibt eben Gleiche und Gleichere. Sie treten selbstverständlich für die Gleicheren ein.

Beim Bleiberecht sind das diejenigen, die sich gutgläubig an volle Sozialtöpfe heranpirschen. Denen steht natürlich ein Bleiberecht zu. Es wäre inhuman, Gutgläubigkeit nicht zu belohnen. Außerdem würde eine andere Haltung das blühende Gewerbe der Schlepper stören.

Jene aber, die von den Hütern der Menschenrechte in einer humanitären Großaktion 1945 aus ihrer Heimat verjagt wurden, beispielsweise die Egerländer, Schlesier oder Südkärntner haben natürlich kein Bleiberecht oder höchstens in der abgewandelten Form, wie die es genießen können, die in die Karsthöhlen lebend eingemauert wurden. Etwas andere wäre höchst inhuman gegen die, die diese Länder mit großen Opfern erobert haben.

Wir leben schließlich in einer Wertegemeinschaft, die die Humanität hoch hält. Und unsere Gutmenschen sind eine verlässliche Stütze dieser Humanität. **B.T. Hollabrunn**

## DIE TÜRKEN VOR WIEN

1529 - vergeblich. Wien wurde verteidigt von Bürgermeister Wolfgang Treu und Graf Salm.

1683 - vergeblich. Wien wurde verteidigt von Bürgermeister Johann Andreas Liebenberg und Rüdiger v. Starhemberg.

2008 - die Türken in Wien. Hereingeholt von Bürgermeister Muhammed Häupl und seinen schwarz-rot-grünen Herlfershelfern.

# **!! Veranstaltungen !!**

## **Konrad Windisch**

spricht über

*Legenden um den 20. Juli 1944*

> Donnerstag, 13. März 2008, 19.45 Uhr <

## **Videoabend**

über

*Die Germanen*

> Donnerstag, 27. März 2008, 19.45 Uhr <

## **Kurt Tiececk**

spricht über

*Geheime Organisationen*

> Donnerstag, 10. April 2008, 19.45 Uhr <

*Nächste Veranstaltungen 24. April und 15. Mai 2008*

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift  
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale  
Zeitschrift**

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im

**Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72**  
(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)  
Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)  
**- Geschlossene Veranstaltungen! -**

**Wir danken für jede Spende!**

**ACHTUNG: Da unser bisheriges Konto bei der PSK ohne Angabe von Gründen gekündigt wurde, ersuchen wir Sie, in Zukunft nur noch die Erlagscheine der BAWAG für Einzahlungen zu verwenden.**

## Generaloberst Jodl wurde posthum freigesprochen

Generaloberst Alfred Jodl gehörte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu den Hauptangeklagten. Jodl wurde nach fast einem Jahr Verhandlungsdauer in allen Anklagepunkten schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Seine Verurteilung war unter den alliierten Siegermächten umstritten. Der französische Richter Henri Donnedieu de Vabres bezeichnete das Urteil als Fehlurteil.

Jodls Antrag, anstatt erhängt zu werden, vor ein Erschießungskommando gestellt zu werden – wie dies für Offiziere üblich war, - wurde abgelehnt. Am 16. Oktober 1946 wurde Alfred Jodl in Nürnberg durch den Strang hingerichtet. Seine letzten Worte waren: „Ich grüße Dich, mein ewiges Deutschland.“

Luise von Benda, Jodls zweite Ehefrau, bemühte sich um Gerechtigkeit für ihren Gatten und erreichte, daß 1953 in München ein Spruchkammerverfahren angesetzt wurde. Jodl wurde in diesem Verfahren posthum freigesprochen. Die Hauptspruchkammer entschied. Daß, wenn Jodl noch lebte, er weder in die Gruppe 1 („Hauptschuldiger“) noch in die Gruppe 2 („Belasteter“) einzustufen sei. Dieses Urteil wurde am 2. März 1953 rechtskräftig.

Die Entscheidung der Hauptspruchkammer wurde jedoch von den amerikanischen Besatzungsbehörden nicht hingenommen, und der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten erreichte schließlich die Aufhebung des Urteils mit der Begründung, daß der Spruch gegen das Nürnberger Urteil verstoße. Und der für die deutsche Spruchkammer zuständige Amtsgerichtspräsident hob sodann das Urteil wieder auf. Allerdings ließ Luise Jodl weiterhin nicht locker, und so kam es am 3. September 1953 zum Widerruf des Urteils vom 2. März 1953. Somit gilt, daß Alfred Jodl in Nürnberg zu Unrecht verurteilt worden war. Auch der 1946 eingezogene Nachlaß Alfred Jodls mußte freigegeben werden, und Luise Jodl erhielt den Anspruch auf Versorgungsbezüge.

Noch heute erinnert am Grab der Familie Jodl auf der Fraueninsel (Chiemsee) eine Inschrift an Alfred Jodl.

---

---

## 20 Millionen Afrikaner für Europa

Damit die EU-Bürger einen Vorgeschmack darauf bekommen, was die EU-Kommission in Brüssel nach der neuen EU-Verfassung - zur Verharmlosung jetzt nur noch „EU-Grundvertrag“ genannt - plant, forderte EU-Justizkommissar Franco Frattini - von Italien entsandt - auf der Konferenz über die illegale Einwanderung in Lissabon, daß die EU-Einwanderungspolitik geändert werden müsse.

*Europa müsse in den nächsten zwei Dekaden die Tore öffnen für zusätzliche 20 Millionen Arbeiter aus Asien und Afrika.*

Die EU müsse die Barrieren abbauen und statt dessen sichere Korridore für Afrikaner und Asiaten öffnen, die jetzt beim Versuch illegaler Einreise ihr Leben riskieren.

Deutschland, Italien und Ungarn bräuchten die meisten Zuwanderer, um das Geburtendefizit auszugleichen.

Die EU-Kommission sei dabei, zunächst in Mali für 10 Millionen Euro ein Informationszentrum zu errichten, in dem die Auswanderungswilligen auf die neuen Einreise- und Arbeitsmöglichkeiten in der EU hingewiesen werden sollen. Weitere solcher Einrichtungen sollen in anderen Ländern folgen. Frattini: „Wir dürfen die Einwanderung nicht als Bedrohung betrachten, sondern als Bereicherung und als unvermeidliches Phänomen der heutigen Welt.“

---

---

## Neues aus Brüssel.

Aus Brüssel kommt eine beruhigende Nachricht. Die Abgeordneten und Angestellten der Bürobürgen der EU in Luxemburg, Straßburg und Brüssel haben sich über die eigenen Empfehlungen für die Nationalstaaten Europas hinweggesetzt. In den Quatschpalästen der EU war ein Rauchverbot verhängt worden.

Die Abgeordneten und Angestellten der EU haben sich einfach über das Rauchverbot hinweggesetzt. Darauf wurde dieses Verbot des Zigarettenkonsums in den EU-Gebäuden einfach aufgehoben.

In Europa der EU gibt es lauter Demokratien. In diesen Staaten sind alle Bürger gleich. Nur diejenigen, die für die „Normalsterblichen“ die Gesetze entwerfen und beschließen, sind „etwas gleicher“! Diese Gesetzesmacher dürfen sich über selbstgemachte Verbote hinwegsetzen. In den Büros und Korridoren der EU darf ca. 6 Wochen nach Einführung des gesetzlichen Rauchverbotes wieder geraucht werden.

Sind die Nichtraucher, die bei der EU beschäftigt sind, etwa weniger durch Zigarettenrauch gefährdet als im übrigen Europa?

**G.B.**

---

**Wiener Beobachter, Folge 221** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [kontakt@wiener-beobachter.at](mailto:kontakt@wiener-beobachter.at), Internetz: [www.wiener-beobachter.at](http://www.wiener-beobachter.at), [www.afp-aktiv.info](http://www.afp-aktiv.info);

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: BAWAG 04210-833-132; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \* Verlagspostamt: 1170 Wien